



Politik

Für eine Handvoll Rubel: Die Erpressung der EU-Kommission

7. November 2025

9,2 Minuten Lesezeit

von [Assoc. Prof. Lorenzo Maria Pacini](#)

Es braucht viel Geld, um den Krieg zu führen, den die Europäische Kommission unter der Leitung von Ursula Von der Leyen Europa gegen Russland aufzwingen will. Die Frage ist: Wer bezahlt das?

Es braucht viel Geld, um den Krieg zu führen, den die Europäische Kommission unter der Leitung von Ursula Von der Leyen Europa gegen Russland aufzwingen will und der für etwa 2030 geplant ist. Zuerst die Aufrüstung Europas mit 800 Milliarden Euro und dann SAFE (Security Action for Europe) mit 150 Milliarden Euro stellen eine astronomische und unerreichbare Summe für ein Europa dar, das nach dreißig Jahren ungezügelter Neoliberalismus, unkontrollierter Spekulation, Lobbyismus, der Einführung des Euro und tickenden Zeitbomben ausgelaut ist.

Die Frage ist: Wer bezahlt das?

Das ist eine Menge Geld. Die EU erhöht den Druck auf europäische Regierungen, die keine Finanzhilfen für die Ukraine akzeptieren wollen, indem sie ihnen mit einer verabscheuungswürdigen Erpressung droht, wonach sie für den Wiederaufbau des Landes aufkommen müssen. Kiew will zunächst einmal einen Kredit in Höhe von 140 Milliarden Euro und hat nicht die Absicht, es dabei zu belassen. Wie soll das zurückgezahlt werden? Das ist unklar, aber auch nicht wichtig: Jetzt ist es an der Zeit, dass die europäischen Regierungen zahlen, und sie können es sich nicht leisten, sich den Diktaten Brüssels zu widersetzen.

Nachdem die Idee, in Europa eingefrorene russische Gelder zu verwenden, abgelehnt wurde, muss eine Alternative gefunden werden. Die verschwenderischsten Länder wie Italien und Frankreich sind zu hoch verschuldet; die sparsamsten Länder wie Deutschland und die Niederlande zögern, weitere Schulden aufzunehmen; Belgien und andere Länder, die sich gegen die Verwendung russischer Gelder aussprechen, könnten durch die Alternative eines gemeinsamen Kredits überzeugt werden.

Das gemeinsame EU-Darlehen funktioniert, ähnlich wie das neue Verteidigungsprogramm SAFE, über die Ausgabe von Anleihen durch die Europäische Kommission, die Mittel auf den Finanzmärkten aufnimmt und diese dann den begünstigten Mitgliedstaaten in Form von langfristigen Darlehen zu günstigen Konditionen gewährt. Diese Darlehen werden auf

Antrag und auf der Grundlage nationaler Pläne gewährt und sind an die Durchführung gemeinsamer Beschaffungsmaßnahmen zur Kostensenkung geknüpft, wobei die Möglichkeit besteht, dass die Beschaffung für einen begrenzten Zeitraum von einem einzelnen Staat durchgeführt wird. Ein Beispiel ist NextGenerationEU, das 750 Milliarden Euro für die wirtschaftliche Erholung bereitgestellt hat, teilweise in Form von Darlehen an Mitgliedstaaten, die bestimmte Ziele erreichen.

Okay, nehmen wir alle Kreditstrategien an... Aber wer bezahlt am Ende? Wir sprechen hier von etwa 950 Milliarden Euro, die in wenigen Monaten aufgebracht werden müssen, um Europa gegen Russland aufzurüsten. Mal im Ernst, wo glauben sie, dass sie das Geld herbekommen? Es gibt nur eine logische Erklärung: von den Bankkonten der Bürger.

Ein Wettlauf gegen die Zeit

Die Europäische Union befindet sich derzeit in einem Wettlauf gegen die Zeit an zwei Fronten. Einerseits droht der Ukraine bis Ende März das Geld auszugehen, andererseits könnte jede Entscheidung viel komplexer werden, da Ungarn versucht, sich mit der Tschechischen Republik und der Slowakei zu verbünden, um einen Block zu bilden, der Kiew skeptisch gegenübersteht. Die allgemeine Wahrnehmung ist, dass dies der entscheidende Moment ist.

Infolgedessen vollführen die Beamten der Europäischen Kommission einen heiklen Balanceakt, um den Vermögensplan genehmigt zu bekommen, nicht zuletzt, weil bei einem Scheitern die Euro-Manie-Täuschung so offensichtlich wäre, dass niemand mehr an die Täuschung glauben würde.

Obwohl der belgische Premierminister Alexander De Wever seine Kollegen auf dem jüngsten EU-Gipfel warnte, dass die Kommission die Komplexität der Verwendung russischer Gelder und die möglichen rechtlichen Auswirkungen für Belgien unterschätzt habe, glaubt Brüssel, dass sein Widerstand nicht über Dezember hinaus andauern wird, wenn sich die

Staats- und Regierungschefs erneut treffen.

Das durch russische Vermögenswerte garantierte Darlehen scheint die einzig plausible Option zu sein... aber wir sprechen hier von 140 Milliarden Euro. Woher sollen die anderen 810 Milliarden Euro kommen? Mathematik ist in Brüssel nicht mehr zu Hause.

Viele EU-Länder haben sich lange gegen die Ausgabe von Eurobonds gewehrt und argumentiert, dass sie nicht für die Schulden anderer und für Regierungen, die ihre Finanzen nicht ordnungsgemäß verwalten können, aufkommen wollen. Es stimmt zwar, dass der Dreijahreszeitraum 2020-2023 diesen Widerstand geschwächt hat und viele Regierungen sich bereit erklärt haben, gemeinsame Schulden aufzunehmen, um den Kriegsfonds zu finanzieren, der ihrer Meinung nach dazu dienen soll, die Wirtschaft der Union wieder anzukurbeln, nur um kurz darauf in einem Konflikt zerstört zu werden. Seitdem hat Brüssel einen Teil der Schulden weiter vergemeinschaftet, um verschiedene Initiativen zu finanzieren, darunter eine Reihe von Krediten, die den europäischen Hauptstädten helfen sollen, gegen gerichtete Russland Militärverträge zu gewinnen. Trotzdem ist der Widerstand gegen den umfangreichen Einsatz dieses Instruments nach wie vor weit verbreitet.

Eine weitere Option, eine Art „dritter Weg“, besteht darin, russische Vermögenswerte im Wert von rund 25 Milliarden Euro in anderen Mitgliedstaaten aufzuspüren. Dieser Prozess würde jedoch länger dauern, als es sich die Ukraine leisten kann, was den Eindruck erweckt, dass Europa an Schwung verliert.

Die rechtlichen und menschlichen Kosten

Der Großteil der eingefrorenen Vermögenswerte wird von Euroclear, einer Finanzverwahrstelle mit Sitz in Belgien, verwahrt, was das Land erheblichen rechtlichen und finanziellen Risiken aussetzt. Nach Angaben der Kommission sind die Risiken für Belgien jedoch begrenzt: Die eingefrorenen

140 Milliarden Euro würden nur dann an Russland zurückgegeben, wenn der Kreml den Krieg beenden und die Ukraine entschädigen würde, was als äußerst unwahrscheinlich gilt. Brüssel versteht jedoch die Bedenken Brüssels (in diesem Fall der belgischen Regierung), die eine Welle von Klagen seitens Russlands befürchtet, nicht zuletzt weil Belgien 1989 ein bilaterales Investitionsabkommen mit Moskau unterzeichnet hat.

Es gibt jedoch auch rechtliche Risiken, die nicht unterschätzt werden dürfen.

In erster Linie geht es um Eigentumsrechte und internationales Recht. Russland (oder seine Zentralbank) wird argumentieren, dass die Vermögenswerte sein souveränes Eigentum bleiben und dass jeder Versuch, sie zu nutzen, selbst als Sicherheit, gegen internationales Recht oder bilaterale Verträge verstoßen und zu Rechtsstreitigkeiten führen würde. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben die Idee als „Verwertung“ oder „Immobilisierung“ von Vermögenswerten und nicht als Beschlagnahme bezeichnet, aber dieser Rechtsrahmen wird vor nationalen und internationalen Gerichten auf den Prüfstand gestellt werden.

Hinzu kommt die Frage der Gerichtsbarkeit. Die Europäische Kommission kann Instrumente vorschlagen, aber die Mitgliedstaaten müssen sich über die Umsetzung einigen, und einige Teile der außenpolitischen Sanktionen erfordern nach wie vor Einstimmigkeit oder komplexe vertragliche Umgehungslösungen. Die Rolle von Euroclear wirft besondere nationale rechtliche Risiken auf: Belgien hat eine Risikoteilung durch die EU gefordert, da sich die meisten Vermögenswerte in seiner Gerichtsbarkeit befinden. Diese politischen/rechtlichen Verhandlungen deuten auf ungelöste Fragen hinsichtlich der Haftung und der Frage hin, wer letztendlich die Garantien unterzeichnet.

Auch die vertragliche Dimension ist schwierig. Die Vorschläge zielen darauf ab, Kredite gegen Zinsen oder Barguthaben zu gewähren oder den Kredit zu einem Zinssatz von null Prozent durch einen privaten oder supranationalen

Vermittler (Euroclear, die Kommission oder eine Zweckgesellschaft) auszugeben, während das formelle Eigentum an den Vermögenswerten erhalten bleibt. Diese strukturelle Kreativität soll das Risiko von Enteignungsklagen verringern, aber Gerichte betrachten eher den Inhalt als die Form: Wenn sich die wirtschaftliche Kontrolle geändert hat, könnten Enteignungsklagen erfolgreich sein. Expertenanalysen warnen, dass dies eine rechtliche Neuerung ist und angefochten werden könnte.

Wenn wir uns dann den Fragen der Rechnungslegung zuwenden, gibt es Probleme: Die Kommission sucht nach Möglichkeiten, Garantien aus der Berechnung der Defizite/Schulden der Mitgliedstaaten (Eurostat/bilanzielle Behandlung) auszuschließen, damit das Programm die öffentlichen Defizite nicht sofort verschlechtert. Dies hängt jedoch von den technischen Entscheidungen von Eurostat und der genauen Rechtsform der Garantien ab: Wenn die Garantien kündbar sind oder im Wesentlichen ein Transferrisiko darstellen, könnten die nationalen Haushalte zu einem späteren Zeitpunkt betroffen sein.

Wer trägt also die rechtliche Last? Die Mitgliedstaaten gemeinsam, Belgien oder Euroclear?

Sprechen wir auch über die Kosten (da wir über Ausgaben sprechen): Wenn die Kreditgarantien in Anspruch genommen werden oder wenn Rechtsstreitigkeiten eine Entschädigung erfordern, könnten die nationalen Finanzministerien zum Eingreifen aufgefordert werden. Selbst wenn Eurostat die Garantien zunächst aus den Defizitzahlen herausrechnet, würden künftige Zahlungen durch Steuern, Ausgabenkürzungen oder eine Erhöhung des Schuldendienstes der öffentlichen Hand finanziert, also durch Kosten, die von den Bürgern getragen werden.

Berichte von Reuters und der EU zeigen, dass die Mitgliedstaaten versuchen, unmittelbare Auswirkungen auf die Rechnungslegung zu vermeiden, nicht jedoch das zugrunde liegende wirtschaftliche Risiko. Es ist mit jahrelangen komplexen internationalen Rechtsstreitigkeiten (und

kostspieligen Rechtsverteidigungen) durch Russland oder private Gläubiger zu rechnen: Die Steuerzahler werden für die Rechtsbeistände und mögliche Vergleiche aufkommen müssen. Gerichte könnten in Fällen von Enteignung Schadenersatz zusprechen oder Rückerstattung anordnen.

Die Verwendung hochkarätiger Reserven als Sicherheiten birgt die Gefahr, das Vertrauen in die Unantastbarkeit der Reserven und der europäischen Finanzhäfen zu untergraben. Dies könnte die Finanzierungskosten für Regierungen und Unternehmen erhöhen und indirekt die Hypotheken- und Kreditzinsen für Haushalte in die Höhe treiben.

Sicher ist, dass die für Militärausgaben, Garantien und Rechtsstreitigkeiten bereitgestellten Mittel öffentliche Gelder von den Bereichen Gesundheitswesen, Bildung und Infrastruktur abziehen. Kleinere Staaten könnten die Hauptlast tragen, wenn die Risikoteilung unvollständig ist; die Verteilungseffekte würden sich ungleichmäßig auf die Bevölkerung der EU auswirken.

Was wäre, wenn Russland ebenso harte Vergeltungsmaßnahmen ergreifen wollte?

Aus rechtlicher Sicht versucht das Konzept der Kredit-Reparation einen Ausgleich zu schaffen: Es sieht umfangreiche Finanzhilfen für die Ukraine vor, vermeidet jedoch die formelle Beschlagnahmung russischer Staatsvermögen. Diese kreative Lösung verringert die anfänglichen finanziellen Auswirkungen, birgt jedoch potenzielle Verbindlichkeiten, das Risiko von Rechtsstreitigkeiten, Reputationsrisiken für den Euro und potenzielle indirekte wirtschaftliche Kosten für europäische Haushalte. Das Ausmaß dieser Kosten wird von der endgültigen rechtlichen Architektur abhängen, aber es steht bereits fest, dass angesichts der Unmöglichkeit für die europäischen Länder, die wahnsinnigen Kosten der Wiederaufrüstung zu tragen, die armen Bürger diese Kosten tragen werden.

Der Artikel erschien zuerst auf Englisch. Übersetzung TKP mit freundlicher

Genehmigung des Autors.

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der fixen Autoren von TKP wider. Rechte und inhaltliche Verantwortung liegen beim Autor.

Lorenzo Maria Pacini, Assoc. Professor für politische Philosophie und Geopolitik, UniDolomiti von Belluno. Er ist Berater für strategische Analyse, Nachrichtendienste und internationale Beziehungen.

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um [Unterstützung](#).

Folge TKP auf [Telegram](#) oder [GETTR](#) und abonniere unseren Newsletter.

Europa 2025: Wenn der Steuerzahler für einen Krieg bezahlt, der nicht sein eigener ist (<https://tkp.at/2025/11/01/europa-2025-wenn-der-steuerzahler-fuer-einen-krieg-bezahlt-der-nicht-sein-eigener-ist/>)

Sonneborn über „Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft“ (<https://tkp.at/2024/03/11/sonneborn-ueber-wirtschaftskrieg-und-kriegswirtschaft/>)

Kommission bastelt an Superstaat und EU-Armee (<https://tkp.at/2025/10/02/kommission-bastelt-an-superstaat-und-eu-armee/>)

Wie die EU wirklich an Ihre Ersparnisse zur Kriegsfinanzierung kommen möchte (<https://tkp.at/2025/04/21/wie-die-eu-wirklich-an-ihre-ersparnisse-zur-kriegsfinanzierung-kommen-moechte/>)